

# Den Kampf für soziale Gleichheit ausweiten, nicht aufgeben

Zur rechten Kritik an Identitätspolitik

Identitätspolitische Perspektiven und Bewegungen leisten einen wichtigen Beitrag im Kampf um Partizipation, Gleichheit und Gerechtigkeit und damit zur Gestaltung von Demokratie. Als notwendige gesellschaftliche Korrektive bieten sie autoritären Versuchungen die Stirn und können auch für die politische Bildungsarbeit wichtige Anknüpfungspunkte sein.



© picture alliance / ASSOCIATED PRESS

Amanda Gorman bei der Inauguration von Joe Biden. Ihr Gedicht wurde in Florida unter Ron DeSantis aus Schulbibliotheken entfernt.



**Lea Susemichel** hat Philosophie und Gender Studies in Wien studierte. Sie ist Autorin, Journalistin und Lehrbeauftragte und seit 2006 leitende Redakteurin von *an.schläge. Das feministische Magazin*. [www.anschlaege.at](http://www.anschlaege.at), [www.susemichel.de](http://www.susemichel.de)



PD Dr. phil. habil. **Jens Kastner** ist Soziologe und Kunsthistoriker. Er ist Senior Lecturer am Institut für Kunst- und Kulturwissenschaften der Akademie der bildenden Künste Wien. <http://www.jenspetzkastner.de/>

Identitätspolitikern schießen mitunter weit übers Ziel hinaus und nehmen skurrile Formen an, geschenkt. Wenn Menschen etwa wegen Blackfacings in Jugendjahren ihren Job verlieren oder Menschen mit heller Haut wegen ihrer Dreadlocks aggressiv an den Pranger gestellt werden, dann ist das zweifellos kritikwürdig. Sobald Identitätspolitik zur essenziellistischen Repräsentationspolitik wird, bei der Hautpigment und Hormonstatus mehr Gewicht haben als politische Haltungen und Argumente, ist es zu rechten Konzepten des Ethnopluralismus nicht mehr weit. Der Bezug auf kollektive Identitäten tendiert immer auch zu solchen Essenzialisierungen. Das passiert gegenwärtig etwa auch durch einen Feminismus, der sich auf Biologie beruft, um trans-Frauen auszuschließen. Auch politisch motivierte Vereinheitlichungen, die suggerieren, all jene, die einer kollektiven Identität zugerechnet werden, teilten tatsächlich mehr als sie trennen würde, gehören zu den Problemen von Identitätspolitikern. Denn sie müssen existierende Unterschiede und Machtgefälle innerhalb identitätspolitisch organisierter Gruppen kleinreden.

Und dennoch machen es sich die meisten Kritiker\*innen viel zu leicht. Wer Identitätspolitikern zur bloßen „Marotte“ erklärt, wie Sahra Wagenknecht, die sie in ihrem aktuellen Buch dem Klassenkampf entgegensetzt, oder sie wie die Autorin Caroline Foureste als den von einer „beleidigten Generation“ geführten Streit um „nichts“ bagatellisiert, verkennt ihre Ursprünge ebenso wie ihre Bedeutung für die Kämpfe der Linken.

## LINKE IDENTITÄTSPOLITIKEN SIND REAKTIONEN AUF DISKRIMINIERUNG

Linke Identitätspolitikern sind Reaktionen auf Diskriminierung. Menschen werden kollektiv identifiziert, ohne sich die zugeschriebene Zugehörigkeit selbst ausgesucht haben. Diese Identifizierungen geschehen im Kontext gesellschaftlicher Gewaltverhältnisse. Sie werden institutionell abgesichert und im Alltag reproduziert. Als Frau oder als Schwarzer kategorisiert zu werden, hat Auswirkungen, die der oder die Einzelne nicht selbst kontrollieren kann. Auswirkungen auf Verdienstmöglichkeiten, auf die Chance, eine Wohnung zu finden, auf das Risiko, von Faschos verprügelt zu werden. Wenn also Diskriminierung und Unterdrückung kollektiv funktionieren, liegt es nahe, sich auch kollektiv dagegen zur Wehr zu setzen. Linke Identitätspolitikern reagieren kollektiv auf diese strukturellen Diskriminierungen. Anders als rechte Identitätspolitikern zielen sie nicht auf Abgrenzung und Privilegierung der „eigenen“ Gruppe, sondern auf Teilhabe und Gerechtigkeit für alle. Und damit letztlich auf die Auflösung identitärer Kollektivierung. Wie die klassenkämpferische Haltung letztlich auf das Ziel der „klassenlosen Gesellschaft“ ausgerichtet war (und ist) und der proletarische Klassenkampf auch das Proletariat erübrigen soll(te), so sind auch linke Identitätspolitikern von queeren und trans-Frauen, von Schwarzen und anderen im Prinzip dem Wunsch verpflichtet, dass kollektive Zuschreibungen im Alltag keine Rolle mehr spielen dürfen. Auch wenn das Fernziel also die Auflösung rigider Identitätszuschreibungen sein mag, strategisch ist es unumgänglich, sich zunächst auf sie zu beziehen.

## KEINE LUXUSPROBLEME DER „LIFESTYLE-LINKEN“

Bei emanzipatorischen Identitätspolitikern geht es also nicht um vermeintliche Luxusprobleme der „Lifestyle-Linken“ (Wagenknecht), sondern um alles. Bei „Black Lives Matter“, das sich als Antwort auf tödliche Polizeigewalt gegründet hat, geht es tatsächlich um Leben und Tod. Dass Schwarze Leben zählen, muss betont werden, weil es angesichts von rassistischer Polizeigewalt gegen die partikuläre Gruppe eben nicht selbstverständlich ist. Black Lives Matter ist eine Parole, die die Aus-

richtung linker Identitätspolitik gut auf den Punkt bringt: Schwarze Leben sollen nicht anders oder gar mehr zählen als andere Leben, sondern schlicht und einfach gleich viel. Die Parole ist zugleich partikularistisch – sie bezieht sich nur auf Schwarze, weil ein Slogan wie „all lives matter“ die spezifische Gewalt und Unterdrückung gegenüber Schwarzen unsichtbar machen würde – und universalistisch, weil sie auf die Gleichwertigkeit aller Leben abzielt.

Als das Combahee River Collective 1977 den Begriff Identitätspolitik prägte, taten die in diesem Kollektiv versammelten lesbischen, Schwarzen Feministinnen dies auch als Sozialistinnen. Sie nahmen ihre spezifische Unterdrückung zum Ausgangspunkt für den Kampf gegen Ausbeutung. Denn im Mainstream der sozialistischen Bewegung wurde diese Ausbeutungserfahrung gar nicht thematisiert. Es ging also darum, den Kampf für soziale Gleichheit auszuweiten, nicht darum, ihn aufzugeben. Es sollte deutlich werden, dass soziale Ungleichheit immer auch kulturelle Formen annimmt: Ausbeutung trifft die Lohnabhängigen unterschiedlich, Frauen leisten unbezahlte Reproduktionsarbeit, verdienen weniger als Männer und

BIPOC bekommen die Jobs, die Weiße haben, oft erst gar nicht.

Doch anders als beim Combahee River Collective wird der Begriff Identitätspolitik in der Regel gar nicht als Selbstbezeichnung verwendet. Stattdessen ist er zum neuen Lieblings-Buzzword des Feuilletons avanciert und an die Stelle des reaktionären Kampfbegriffs der „Political Correctness“ getreten.

### DER KRITIK GEHT ES UM DIFFAMIERUNG UND DISKREDITIERUNG VON DEMOKRATISIERUNGSKÄMPFEN

Auch wenn sich die Angriffe auf Identitätspolitik als Kritik an vermeintlichen „Marotten“ ausgeben, wie den immer wieder angeführten Beispielen von Yoga-Kursen nur für Asiat\*innen oder Mensa-Essen, das als kulinarische kulturelle Aneignung skandalisiert wird, meist geht es dieser Kritik um die Diffamierung und Diskreditierung von Demokratisierungskämpfen sozialer Bewegungen. Sie erklärt einzelne Auswüchse zum Kern der Sache, um sich mit diesem nicht auseinandersetzen zu müssen.



© picture alliance / Geisler-Fotopress

Der Begriff Identitätspolitik wird nicht als Selbstbezeichnung verwendet, er ist ein reaktionärer Kampfbegriff.



© picture alliance/AP Photo

Rosa Parks nach ihrer Weigerung, ihren Platz im Bus für einen Weißen zu räumen (22.02.1956)

Doch der Kern linker Identitätspolitik ist immer der Kampf um Partizipation, Gleichheit und Gerechtigkeit. Von einer marginalisierten Position aus werden hegemoniale Normen und Praktiken und ihre ausgrenzenden Effekte infrage gestellt. Ohne Feminismus kein Frauenwahlrecht und keine körperliche Selbstbestimmung, ohne Gesetzesübertretung Schwarzer Aktivistinnen wie Rosa Parks keine Abschaffung der „Rassentrennung“, ohne eigene Schwarze Musik-Labels keine Schwarzen Weltstars usw. Doch anstatt diese identitätspolitischen Errungenschaften etwa der Frauenbewegungen, der Schwarzen Bürger\*innenrechtsbewegungen und/oder indigen geprägter sozialer Bewegungen in Lateinamerika wertzuschätzen, wird ihren Partizipationsforderungen auch von links gnadenlos die Solidarität verweigert. So etwa, wenn Sarah Wagenknecht ausgerechnet die ultrarechte polnische Regierungspartei PiS für ihre Sozialpolitik lobt. Auch Feminismus wird offenbar als verzichtbar erachtet. Angesichts der gewaltigen Mobilisierungsstärke des „schwarzen Protests“ gegen das Totalverbot von Schwangerschaftsabbrüchen in Polen – dessen Regierung immer wieder damit droht, wie die Türkei aus der Istanbul Konvention gegen Gewalt gegen Frauen auszutreten – scheint es allerdings alleine aus

pragmatischer Sicht wenig ratsam, Geschlechterfragen wieder einmal zum bloßen Nebenwiderspruch zu erklären. Schließlich stellt der Feminismus z. B. mit der „Ni una menos“-Bewegung derzeit auch global die wohl einflussreichste identitätspolitische Widerstandsbewegung.

Dass die sozialdemokratische Linke hingegen keine Massen mehr mobilisieren kann, liegt nicht an separatistischer Identitätspolitik, die vermeintlich den Klassenkampf abgelöst hat, weil sie sich auf die liberale Politik der „kosmopolitischen Eliten“ (Cornelia Koppetsch) kapriziert hätte. Vielmehr hat die neoliberale Wende der sozialdemokratischen Parteien seit den 1990er Jahren dazu geführt, dass sich die Sozialdemokratie selbst nicht länger glaubwürdig für soziale Gerechtigkeit einsetzt.

Zudem hängen große Teile der Linken einem antiquierten Verständnis der Arbeiterklasse an, mit dem männlichen Industriearbeiter im Zentrum – offenbar auch Wagenknechts Prototyp des proletarischen Subjekts. Die Interessenpolitik dieser „einfachen Leute“, neuerdings auch einfach „die Normalen“ (Wolfgang Thierse) genannt, wird freilich nie als Identitätspolitik bezeichnet. „Die Normalen“ mit Universalismusanspruch genießen das Privileg, alles andere als vermeintlich identi-

tätspolitischen Partikularismus verurteilen zu können.

Doch nicht dieser Partikularismus, nicht die gerne genannte Forderung nach dem Unisex-Klo und die geschlechtergerechte Sprache im öffentlich-rechtlichen Fernsehen treibt die Leute in die Arme der ultrarechten Parteien, wie so oft behauptet wird. Rassismus und rechtes Ressentiment sind keine bloße Reaktion auf die nervige Identitätspolitik kleiner, aber vermeintlich mächtiger Minderheiten, und sie sind auch keine Notwehrstrategien als Folge eigener Deklassierungserfahrungen – sie sind gesellschaftliche Strukturprobleme. Autoritarismus und der Aufstieg rechter Parteien und Bewegungen ist ein globales Phänomen.

### ES SOLLTE EINE DEMOKRATIE-POLITISCHE SELBSTVERSTÄNDLICHKEIT SEIN, DEN SEXISMUS ALTER WEISSER MÄNNER ZU KRITISIEREN

Machterhalt und Bereicherung der Privilegierten sind dafür ebenso entscheidend wie die Abstiegsängste kleinbürgerlicher Milieus. Unter dem Vorwand, die „Sorgen und Ängste der einfachen Leute ernstzunehmen“, werden diese Ängste bestätigt, geschürt und für den Erhalt des sozio-politischen Status Quo gegenüber den egalitären Ansprüchen Marginalisierter instrumentalisiert.

Anstatt sie in ihren Kämpfen gegen die ausgrenzende Normalität zu unterstützen, kritisieren auch viele Linksliberale die identitätspolitisch motivierten Bewegungen. Diese Kritik an Identitätspolitik beinhaltet etwa auch den Vorwurf einer Überempfindlichkeit, die der Soziologe Andreas Reckwitz als „Sensibilisierung des Selbst“ beschrieben hat. Das Resultat seien lauter „Snowflakes“, die sich mithilfe von „Cancel Culture“ am liebsten nur noch in ihre „Safe Spaces“ zurückziehen würden, eine Unterstellung, die angesichts der brutalen Angriffe, der viele marginalisierte Menschen ausgesetzt sind, besonders perfide ist. Übergriffe auf Migrant\*innen, antifaschistische Aktivist\*innen, die von Neonazis bedroht werden, Feminist\*innen, deren Wortmeldungen verlässlich unzählige Hassreaktionen provozieren, die nicht selten konkrete Gewaltandrohung einschließen – dünnhäutig darf man da gerade nicht sein. Ein Shitstorm von Links, egal wie berechtigt er ist,

wird hingegen als identitätspolitische „Cancel Culture“ gebrandmarkt.

Doch es sollte eine demokratiepolitische Selbstverständlichkeit sein, den Sexismus alter weißer Männer zu kritisieren, auch wenn sie Linke sind. Oder den Rassismus und Antisemitismus einer Kabarettistin, der sich als künstlerisch-freigeistiger Tabubruch geriert, tatsächlich jedoch das kalkulierte (und einträgliche) Kokettieren mit der Mehrheitsmeinung ist. Diese Kritik mag manchmal zu aufgeregt und apodiktisch sein, zugegeben. Aber in welchem Verhältnis stehen diese Misstöne zum diskursiven Einfluss derjenigen, die diese Auseinandersetzungen immer noch dominieren? Welches Gewicht hat das Wort einer Black Lives Matter-Aktivistin auf Twitter gegen all die gut gebuchten Bestseller-Autor\*innen von Thilo Sarrazin bis Svenja Flaßpöhler, die sich mundtot gemacht sehen und in unzähligen Interviews und Talkshows lautstark Zensur und den Verfall demokratischer Debattenkultur beklagen? Neben der diskursiven sollte auch die juristische Macht nicht aus dem Blick geraten. Während das Feuilleton noch über vermeintlich linke „Cancel Culture“ lamentiert, findet tatsächliche Zensur, nämlich das staatlich durchgesetzte Verbot von Büchern und kulturellen Äußerungen, von rechts statt. Unter dem ultrarechten Gouverneur von Florida, Ron DeSantis, ist das Sprechen über Trans- und Homosexualität in Schulen verboten und das Gedicht, das Amanda Gorman zur Inauguration von Joe Biden vortrug, aus Schulbibliotheken entfernt worden. Die rechte Regierungskoalition aus ÖVP und FPÖ im österreichischen Bundesland Niederösterreich einigte sich im Frühjahr 2023 in ihrem Arbeitsprogramm auf ein Verbot geschlechtergerechter Sprache in offiziellen Schreiben.

Auch wenn die Feuilleton-Debatten anderes suggerieren: Identitätspolitik als hyperaufgeregte Verbotspredigt ist weiterhin die Ausnahme. Die Regel waren und sind unverzichtbare emanzipatorische Kämpfe, die als notwendige Korrektive auf die blinden Flecken linker Bewegungen hinweisen, um für mehr Gerechtigkeit zu kämpfen. Auch für soziale.

Dieser Beitrag ist digital auffindbar unter:  
DOI <https://doi.org/10.46499/2234.2772>